

GASTKOMMENTARE

WÄHLEN MIT 16?

Längst überfällig

PRO



Anna Lehmann, »die tageszeitung«, Berlin

Bei der Wahl zum Europaparlament 2024 dürfen 16-Jährige in Deutschland zum ersten Mal wählen. In elf Bundesländern können sie das bereits auf kommunaler Ebene tun, in fünf Bundesländern auf Landesebene. Fehlt nur noch der Bundestag. Und hier ist die Absenkung des Wahlalters überfällig, zumal die Jugendlichen innerhalb der nächsten Legislatur sowieso volljährig würden. Jedes Gegenargument – zu jung, zu unbedarft – ist auf Landesebene empirisch bereits entkräftet. Niedersachsen hat das Wahlrecht ab 16 für kommunale Parlamente bereits 1996 eingeführt – weder ist in Bad Zwischenahn die Revolution aus-, noch in Göttingen die Demokratie eingebrochen. Allerdings führt ein abgesenktes Wahlalter weder zu nennenswert besserer Repräsentation noch zu einem deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung. Die 1,5 Millionen, die zu den mehr als 60 Millionen volljährigen Wählern hinzukämen, würden Wahlergebnisse nur minimal beeinflussen. Trotzdem gibt es einen wirklich wichtigen Grund, das Wählen ab 16 einzuführen: die Demokratie. Sie ist bedroht durch den hohen Anteil von Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Aber auch durch die AfD, die das demokratische System samt der „Altparteien“ grundsätzlich in Frage stellt. Dagegenzuhalten, die Menschen zu informieren, sie mit Wissen zu ermächtigen, wäre Aufgabe von politischer Bildung. Die kommt aber bis zur zehnten Klasse viel zu kurz und fristet an Berufsschulen nur noch ein randständiges Dasein. Wählen ab 16 böte die Chance, politische Bildung wieder prominent im Schullalltag zu verankern. Aus den 16-Jährigen von heute werden die 60-Jährigen von morgen. Und die sollten von klein auf zu Demokratieprofis erzogen werden. Wählen gehört dazu.

Gewichtige Gründe

CONTRA



Tatjana Heid, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

In einer Demokratie ist das Wahlrecht – also die Möglichkeit, das Zusammenleben im eigenen Sinne mitzubestimmen – das vornehmste und zugleich wichtigste Recht. Entsprechend sorgfältig ist damit umzugehen. Nun fällt allerdings auf, dass gerade jene Parteien das Wahlalter für die Bundestagswahl senken wollen, die besonders gut bei Jugendlichen ankommen – und umgekehrt. Wer auf eher ältere Stammwähler blickt, sieht die Senkung des Wahlalters kritisch. So weit, so nachvollziehbar. Doch ist das Wahlrecht zu wertvoll, um es nach der üblichen parteitaktischen Logik zu behandeln. Aus neutraler Sicht sprechen zwei gewichtige Gründe gegen Wählen ab 16. Der erste ist die Entkopplung von Wahlalter und Volljährigkeit. Zwar hat politisches Desinteresse und Uninformiertheit wenig mit dem Alter zu tun, das verraten sinkende Wahlbeteiligungen. Doch warum sollte ein Jugendlicher über die Geschehnisse des Landes entscheiden, wenn ihm qua Gesetz noch nicht zugehört wird, die volle Verantwortung für sein eigenes Handeln zu übernehmen? Das ist schwer nachvollziehbar und müsste, konsequent gedacht, ein Umdenken in anderen Bereichen wie der Straf- und Jugendmündigkeit nach sich ziehen. Das aber wäre nicht im Sinne von Jugendlichen. Hinzu kommt: Sechzehnjährige berichten zwar von Gesprächen mit ihren Eltern über das Wählen – schulisch gesehen gibt es dieses einheitliche Bild nicht. Käme das Wahlrecht ab 16 also ohne flankierende Maßnahmen, würde das Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern bevorzugen – und in letzter Konsequenz die soziale Ungleichheit vertiefen. Und das gehört zu den Dingen, die Deutschland wirklich nicht gebrauchen kann.

Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Lahrkamp, erst zwei Jahre Pandemie, dann Wirtschaftskrise – wie gut geht es Kindern und Familien derzeit in Deutschland?

Viele sind in einer schwierigen Situation. Zwar haben wir in den vergangenen Jahren große Fortschritte bei der Kinder- und Familienförderung gemacht, etwa durch die Erhöhung des Kindergeldes oder die Einführung des Sofortzuschlags. Aber jetzt stehen wir vor neuen Herausforderungen und müssen die Familien wieder stark machen.

Mit welchen Problemen kämpfen sie?

Ich habe selbst erlebt, wie schwierig das war in der Pandemie: im Home Office arbeiten mit Baby auf dem Arm und drei weiteren kleinen Kindern zu Hause. Wie schlimm das auch für einige Kinder war, zeigt der Bericht der Arbeitsgruppe von Gesundheits- und Familienministerium. Danach sind die seelischen und körperlichen Belastungen von Heranwachsenden auch jetzt noch weit größer als vor der Pandemie. Viele haben mit Depressionen, Angststörungen oder Adipositas aufgrund des Bewegungsmangels zu tun. Und dann sind da natürlich die Bildungsrückstände nach den langen Schulschließungen. Wir müssen verhindern, dass die Kinder all das mit ins Erwachsenenleben schleppen.

Und wie?

Wir haben ja schon viel gemacht. Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ mit Angeboten für Sport, Freizeit- und Ferienaktivitäten und zusätzlichen Förderangeboten für Kinder mit Lernrückständen war ein sehr gutes Programm. Das höre ich im Wahlkreis immer wieder. Jetzt haben wir das Programm für Bewegung, Kultur und Gesundheit. Aber das reicht alles noch nicht. Wir müssen das gesamte System rund um Kinder und Jugendliche stärken: Schulen, Kitas, den Bereich der Kindergesundheit, die Jugend- und Familienhilfe.

Schon der Kita-Ausbau scheitert daran, dass fast hunderttausend Erzieherinnen und Erzieher fehlen – Tendenz steigend. Wie sollen Strukturen wachsen, wenn überall Personal fehlt?

Das ist natürlich ein Problem. Wir wollen deshalb unter anderem die Ausbildung von Erziehenden verbessern und stärker fördern. Außerdem wollen wir mehr Möglichkeiten schaffen, sich berufsbegleitend ausbilden zu lassen, um dann als Quereinsteiger in Kitas und Schulen zu arbeiten. Priorität hat dabei der Kinderschutz: Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch mehr qualitativ gute Betreuung für unsere Kinder.

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm oder von Armut gefährdet, obwohl der Staat mehr als hundert Milliarden Euro im Jahr für Familien ausgibt. Wie kann das sein?

Die wirtschaftliche Situation vieler Familien hat sich durch Pandemie und Inflation massiv verschlechtert. Und das viele Geld, das wir, wie Sie richtig anmerken, in Familien stecken, kommt oft nicht an. Den Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien beantragen beispielsweise rund 65 Prozent der Anspruchsberechtigten nicht, weil sie ihn nicht kennen oder nicht wissen, dass er ihnen zusteht. Genauso ist es mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe. Damit Kinder das Geld bekommen, das sie brauchen, wollen wir ab 1. Januar 2025 die familienpolitischen Leistungen in der Kindergrundsicherung bündeln und die Antragstellung vereinfachen.

Familienministerin Lisa Paus (Grüne) wollte ursprünglich zwölf Milliarden Euro jährlich dafür ausgeben. Im Haushalt sind ab 2025 aber nur zwei Milliarden Euro veranschlagt. Wie soll das reichen?

Wie viel die Kindergrundsicherung tatsächlich kosten wird, können wir erst wissen,

»Müssen Kinder stärker«

SARAH LAHRKAMP Die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion über Pandemiefolgen, arme Familien und das Wählen ab 16



©Photothek

wenn die abgestimmten Eckpunkte vorliegen. Für mich ist klar, dass Armutsbekämpfung immer Geld kostet. Denn es geht ja auch darum, Kindern Teilhabe zu ermöglichen. Sie sollen sich auch mal ein Eis kaufen oder im Fußballverein spielen können. Dafür ist es wichtig, dass das Geld am Ende auch wirklich bei ihnen ankommt.

Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bekommen die Menschen hierzulande weniger Kinder, als sie sich wünschen. Vor allem Frauen sorgen sich

um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Problem ist bekannt, wo bleibt die Lösung?

Noch immer ist es so, dass sich vor allem die Frauen um die Kinder kümmern und dafür im Job kürzer treten. Es ist ok, wenn sie das wollen, aber sie sollten in diesem System nicht gefangen sein. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf verschiedene Maßnahmen verständigt. So verlängern wir den elternzeitbedingten Kündigungsschutz und investieren als Bund in 90.000 weitere Kitaplätze. Ab 2026 führen

wir schrittweise einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ein. Wir wollen außerdem die Elterngeldbeträge anpassen und dynamisch gestalten. Die „Familienstartzeit“ soll es dem Partner oder der Partnerin der Frau ermöglichen, nach der Geburt zwei Wochen bezahlt frei zu nehmen.

Frankreich gilt als Land der kinderreichen Familien, in dem die Mütter meistens in Vollzeit arbeiten. Die Kinder werden dort ganztags betreut und Familien mit drei und mehr Kindern bekommen viel Unterstützung. Warum nehmen wir uns daran nicht ein Beispiel?

Wir müssen das Rad hierzulande nicht neu erfinden. Wie eine Familie lebt und wie viele Kinder jemand bekommt, ist Privatsache, das sollte der Staat nicht vorgeben. Unser Ziel ist es, jede Familie so gut wie möglich zu unterstützen.

Während der Pandemie wurden bei uns – auch anders als in Frankreich – Kitas und Schulen monatelang geschlossen, die Folgen haben Sie benannt. Was entgegen Sie denen, die sagen: Die Politik zielt vor allem auf die Älteren und hat die junge Generation zu wenig im Blick?

In der konkreten Situation der Pandemie galt es abzuwägen zwischen den Interessen der Kinder und der körperlichen Unversehrtheit. Insgesamt, denke ich, werden die Interessen von Kindern heute viel stärker berücksichtigt als früher. Zum Beispiel gibt es in den Kommunen immer mehr Jugendparlamente – eine tolle Möglichkeit, sich einzubringen und auszuprobieren. Auch in der Kinderkommission des Bundestages, der Kiko, tauschen wir uns regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen aus.

Aber ihre Ideen und Wünsche können sie trotzdem nicht direkt in den politischen Prozess einbringen.

Das beklagen viele Kinder und Jugendliche in den Gesprächen mit uns. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir noch mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Eine sehr gute Möglichkeit wäre es, das Wahlalter endlich auch auf Bundesebene auf 16 Jahre absenken. In einigen Bundesländern ist das Wählen ab 16 längst Realität, auf Bundesebene fehlen uns für die Grundgesetzänderung die Stimmen der Unionsfraktion.

An ihr scheitert bisher auch die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Kinder sind doch bereits Träger von Grundrechten, was soll das ändern?

Rechte können besser eingefordert und eingeklagt werden, wenn sie Verfassungsrank haben. Verankert würde nicht nur das Recht von Kindern auf mehr Mitbestimmung bei staatlichen Entscheidungen. Politik und Verwaltungen müssten in sämtlichen Bereichen und bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf Kinder berücksichtigen – ob beim Bau von Spielplätzen, der Planung von Straßen oder beim Klimaschutz.

Kritiker sehen damit die Elternrechte zugunsten des Staates eingeschränkt. Wie sehen Sie das als vierfache Mutter?

Wenn ich mit meiner Sechsjährigen auf dem Fahrrad unterwegs bin, habe ich selbst großes Interesse daran, dass bei Städteplanung und Straßenbau auch die Verkehrssicherheit von Kindern in den Blick genommen wird. Ich fühle mich daher als Mutter überhaupt nicht in meinen Kompetenzen beschritten, wenn staatliche Maßnahmen mit Blick auf Kinder besser abgewogen werden, im Gegenteil: Ich fühle mich gestärkt.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Sarah Lahrkamp (SPD) sitzt seit 2021 im Bundestag und ist dort Mitglied im Familienausschuss und in der Kinderkommission.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Familienmensch: Paul Lehrieder

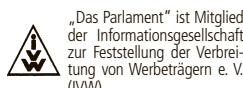
Paul Lehrieder umgibt eine gewisse Leichtigkeit, als er in sein Büro eilt. Ein Gespräch über Politik für Kinder, über ihn als Vater, fällt dem Wahlkreisabgeordneten aus Würzburg nicht schwer: Abgesehen von einem vierjährigen Ausflug zwischen 2017 und 2021 in den Tourismusausschuss sitzt der Franke seit 2005 im Familienausschuss, zwischen 2013 und 2017 als Vorsitzender. Seit März 2022 ist er außerdem Mitglied in der Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder. „Jeder in Kinder investierte Cent ist sein Geld wert“, sagt der CSU-Politiker. Das gelte auch für Schulen. „Ich bin zwar auch ein Freund der schwarzen Null, aber jetzt zum Beispiel bei den Sprach-Kitas zu sparen, verursacht in der Zukunft nur Mehrkosten.“ Auf einem Regal stehen drei Bilderrahmen mit Kinderfotos. „Wenn ich in Berlin bin, habe ich jeden Tag Kontakt mit meiner Frau und meinen Kindern“, sagt Familienmensch Lehrieder. Das lebt er auch im Büro. Sein Team lädt er an diesem Tag, wie in jeder Sitzungswoche, zum Mittagessen ein, weshalb er für das Gespräch nicht viel Zeit hat. „Die Mitarbeiter warten schon.“ 2005 zog Lehrieder für die CSU in den Bundestag ein, wollte in den Innenausschuss. „Da ich aber jung und verheiratet war, steckte man mich in den Familienausschuss.“ Zu oft habe man das Ministerium der SPD überlassen, meint er, „dabei ist es sehr wichtig, damit erreicht man auch die Menschen“. Insgesamt sehe er schon, dass sich die Lobby für Kinder und Jugendliche in Deutschland vergrößert habe, dass die Politik sensibili-



»Ich bin ein Freund der Schwarzen Null, aber jetzt bei den Sprach-Kitas zu sparen, verursacht in der Zukunft nur Mehrkosten.«

© DDBT/Inga Haar

siert sei und mehr für Heranwachsende unternehme. „Wir haben in den vergangenen Jahren hinzugelernt.“ Besonders seine Partei? Er lächelt. „SPD und Union mussten gleichermaßen lernen.“ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf testete die Familie Lehrieder von Beginn an. Beide Söhne, heute 16 und 18, gingen mit sechs Monaten zur Krippe – beide Eltern arbeiteten Vollzeit, er als Politiker, seine Frau als Vizelektorin eines Gymnasiums. Die Krippe lag sieben Kilometer entfernt. „Ich bin ein Freund der Ganztagsschulbetreuung, wenn sie gut gemacht wird“, sagt Lehrieder. Er erzählt von den Hürden, die es in den vergangenen Jahren zu nehmen gab, etwa beim Kinderschutz. „Noch vor ein paar Jahren wurde in kirchlichen Einrichtungen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch nach Kirchenrecht vorgegangen. Da hat sich einiges geändert, aber noch nicht genügend.“



„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)



Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos Stephan Roters

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-6111 (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss 21. Juli 2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 227-3 05 15 Telefax (0 30) 227-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhessenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Verantwortliche Redakteure Dr. Stephan Balling (bal) Lisa Brüßler (lbr) Caroline Hasse (cha) (Volontärin) Claudia Heine (che) Nina Jeglinski (njk) Claus Peter Kosfeld (pk) Johanna Metz (joh) Elena Müller (emu) Sören Christian Reimer (scr) Cvd Sandra Schmidt (sas) Denise Schwarz (des) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)